

Stocker spricht mit Netanyahu: Gaza zwischen Hoffnung und Horror!

Bundeskanzler Stocker telefoniert mit Netanyahu über die dramatische Lage im Gazastreifen und fordert humanitäre Lösungen.



Vienna, Österreich - Am Dienstag wird der österreichische Bundeskanzler Christian Stocker (ÖVP) mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu telefonieren, um die aktuelle Lage im Gazastreifen zu erörtern. In diesem Kontext kündigte Netanyahu an, die vollständige Kontrolle über das Gebiet zu übernehmen. Das Bundeskanzleramt in Wien betont jedoch, dass gemäß Völkerrecht Gaza palästinensisch bleiben müsse und Vertreibungen ausgeschlossen sind. In diesem Spannungsfeld herrscht Einigkeit darüber, dass die Terrororganisation Hamas in Zukunft keine Macht mehr in Gaza haben darf.

Österreich fordert eine völkerrechtskonforme Lösung, die die

Palästinensische Autonomiebehörde und die internationale Gemeinschaft einbezieht. Es wird auf die Dringlichkeit eines Waffenstillstands hingewiesen, um zivile Opfer auf beiden Seiten zu reduzieren. Der Ursprung des aktuellen Konflikts wird auf den Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 zurückgeführt, der eine Reihe von militärischen Maßnahmen von Israel zur Folge hatte. Israel hat sich das Recht zur Selbstverteidigung vorbehalten, dessen Ausübung jedoch den Rahmen des Völkerrechts nicht überschreiten darf.

Humanitäre Krise im Gazastreifen

Die Situation in Gaza wird als dramatisch beschrieben. Berichten zufolge befinden sich noch 58 Geiseln im Gazastreifen, die meisten von ihnen sind mittlerweile tot. Die Hamas wird aufgefordert, alle Geiseln freizulassen, während Österreich die bedingungslose und sofortige Freilassung aller Geiseln anmahnt. Inmitten dieser angespannten Lage hat Israel im März 2025 die Blockade humanitärer Hilfslieferungen verhängt, wodurch Nahrungsmittel, Wasser und medizinische Güter nicht ins Land gelangen konnten. Am Montag sind fünf UNO-Lastwagen nach wochenlanger Blockade im Gazastreifen angekommen, doch Hilfsorganisationen warnen vor einer bevorstehenden Hungerkatastrophe.

Matthias Miersch, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, bezeichnete den Terrorangriff der Hamas als barbarisch und forderte ebenfalls die sofortige Freilassung der Geiseln. Die humanitäre Krise im Gazastreifen wird als besorgniserregend angesehen, und Berichte über zerstörte Krankenhäuser und blockierte Hilfslieferungen verstärken die Dringlichkeit zur Beachtung der humanitären Bedürfnisse der Zivilbevölkerung. Der von Israel geführte militärische Einsatz zielt darauf ab, die Hamas zu besiegen und die Geiseln freizulassen, hat jedoch schwerwiegende zivilgesellschaftliche Konsequenzen.

Internationale Forderungen und rechtliche

Rahmenbedingungen

Die Intensität der Kampfhandlungen nimmt zu, und die medizinische Versorgung in der Region ist katastrophal. Siemtje Möller, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, kritisiert den Zustand der medizinischen Einrichtungen, vor allem das außer Betrieb befindliche Krebszentrum, welches für das Leid der Menschen ein Symbol darstellt. Möller fordert, dass Israels Vorgehen zur Geiselnbefreiung im Einklang mit dem Völkerrecht stehen muss, und betont die Notwendigkeit eines sofortigen Endes der Kampfhandlungen sowie ernsthafte Verhandlungen über einen Waffenstillstand.

Jurist Wolff Heintschel von Heinegg erläutert die rechtlichen Dimensionen der Situation. Er erklärt, dass Staaten sich auf das Selbstverteidigungsrecht berufen können, wenn nichtstaatliche Akteure wie die Hamas angreifen. Dennoch führt die Offensive zu zahlreichen zivilen Opfern und verletzt das humanitäre Völkerrecht. Heintschel stellt fest, dass die Beurteilung der Situation auf den Prinzipien des humanitären Völkerrechts basieren müsse, welches zwar einige Angriffe auf zulässige Ziele erlaubt, jedoch auch den Schutz von Zivilisten verlangt.

Die Entwicklung in dieser komplexen und angespannten Situation bleibt weiterhin von großer internationaler Bedeutung, während die Stimmen nach einem sofortigen Ende der Kampfhandlungen und der Wiederherstellung humanitärer Hilfe lauter werden.

Weitere Informationen sind in den Artikeln von [vienna.at](https://www.vienna.at), [spdfraktion.de](https://www.spdfraktion.de) und [deutschlandfunknova.de](https://www.deutschlandfunknova.de) zu finden.

Details	
Vorfall	Terrorismus
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at

Details

- www.spdfraktion.de
- www.deutschlandfunknova.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at